



Protokoll Nr. 43

Sitzung von Donnerstag, 10. September 1998, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Lilo Lauterburg

Anwesend:

Ernst Aebersold	Stephan Hügli	Ruth Rauch
Raymond Anliker	Urs Jaberg	Heinz Rub
Oskar Balsiger	Alfred Jordi	Ursula Rudin-Vonwil
Sven Baumann	Michael Jordi	Kurt Rüeegsegger
Adrian Berthoud	Heinz Junker	Annemarie Sancar
Arnold Bertschy	Esther Kälin Plézer	Beat Schori
Margrith Beyeler	Regula Keller	Rudolph Schweizer
Peter Blaser	Annemarie Lehmann	Peter Sigerist
Markus Blatter	Leslie Lehmann	Franco Sommaruga
Michael Burri	Peter Linder	Barbara Spörri
Walter Christen	Edith Lörtscher	Sylvia Spring Hunziker
Marie-Louise Durrer	Liselotte Lüscher	Christoph Stalder
Marcel Fankhauser	Nico Lutz	Ernst Stauffer
Heidi Flückiger Ehrenzeller	Edith Madl Kubik	Ueli Stückelberger
Jean-Daniel Flückiger	Anton Maillard	Béatrice Stucki
Thomas Fuchs	Irène Marti Anliker	Peter Stucki
Hans Ulrich Gränicher	Mario Marti	Hans-Ulrich Suter
Adrian Haas	Kurt Mäusli	Katharina Suter
Rolf Häberli	Elsi Meyer	Luzius Theiler
Ueli Haudenschild	Barbara Mühlheim	Margrit Thomet
Bernhard Hess	Christoph Müller	Eva von Ballmoos
Ursula Hirt	Edith Olibet	Kurt W. Weyermann
Andreas Hofmann	Rosmarie Okle Zimmermann	Hansjörg Wittwen
	Bernhard Pulver	

Entschuldigt:

Thomas Balmer	Andreas Krummen	Margrit Stucki-Mäder
Konrad Bossart	Maria Regli Schmucki	René Zimmermann
Marcel Eyer	Hans Peter Riesen	

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Claudia Omar
Alfred Neukomm

Traktandenliste

- | | | |
|----|---|-----|
| 1. | Finanzsanierungsplan 1999-2002
(FIKO/Frösch) | 218 |
| 2. | Finanzplan 1999-2002 | 216 |
| 3. | Voranschlag für das Jahr 1999 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft)
inkl. Produktgruppen-Budgets (FIKO/Gemeinderat) | 196 |
- Die Beratungen werden am 17. September 1998, 15.00 Uhr, fortgesetzt.*

Mitteilungen der Präsidentin

Vorsitzende *Lilo Lauterburg* gibt den sofortigen Rücktritt von Heinz Megert (SVP) aus dem Stadtrat bekannt. Heinz Megert tritt aus persönlichen Gründen zurück. Seit dem 1. Januar 1993 gehörte er dem Stadtrat an und hatte vom Mai 1993 bis Ende 1996 in der GPK Einsitz. Seit Mai 1998 war er Mitglied der Planungs- und Verkehrskommission. Lilo Lauterburg dankt Heinz Megert auch im Namen des Stadtrats für die geleistete Arbeit und wünscht ihm alles Gute für seine Zukunft.

Seine Nachfolge in der PVK werden wir am nächsten Donnerstag wählen, ohne diese formell nachzutraktandieren.

Traktandenliste

Die neue Liste wird stillschweigend genehmigt.

Ordentliche Traktanden

1 Finanzsanierungsplan 1999-2002

Antrag Nr. 218

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Sanierungsplan 1999-2002.
2. Er nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Gemeinderats bezüglich der in der Kompetenz des Gemeinderats liegenden Massnahmen 3, 4, 5, 7, 8, 9, 11, 13 (teilweise), 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 28, 29, 30, 33, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44.
3. Er nimmt Kenntnis von den in der Kompetenz des Stadtrats liegenden Sanierungsmassnahmen 1, 2, 6, 10, 13 (teilweise), 25, 27, 32, 41 und beauftragt den Gemeinderat, dem Stadtrat die für die definitive Beschlussfassung notwendigen Vorlagen fristgerecht zu unterbreiten.
4. Er beauftragt den Gemeinderat, dem Stadtrat fristgerecht Vorlagen für die in der Kompetenz der Gemeinde liegenden Massnahmen 12, 31, 34 zu unterbreiten.
5. Er beauftragt den Gemeinderat, dem Stadtrat die durch die Sanierungsmassnahmen bedingten Änderungen des Stellenplans jährlich zum Beschluss vorzulegen.
6. Er beauftragt den Gemeinderat, bei der Budgeterstellung für die Jahre 2000-2002 die Massnahmen des Sanierungsplans zu berücksichtigen.
7. Er beauftragt den Gemeinderat, dem Stadtrat im Jahr 1999 eine Ergänzung des Sanierungsplans vorzulegen.

Für die Finanzkommission spricht deren Präsident *Stephan Hügli* (FDP) zu allen drei Traktanden. Die Mitglieder der FIKO waren in den letzten beiden Wochen sehr stark belastet: Neben dem ordentlichen Budget mussten zusammen mit der GPK die NSB-Produktgruppenbudgets geprüft werden und gleichzeitig wurden der Kommission gewichtige Sachgeschäfte unterbreitet (Vertrag mit der VBG, Stellenschaffungen für die Botschaftsbewachung, Änderung des Personalreglements im Zusammenhang mit der Familienzulage, Änderung des Pensionskassenreglements usw.). *Stephan Hügli* bittet Gemeinderat und Verwaltung, die Geschäfte künftig so zu terminieren, dass sie nicht in die Phase der Budget-Vorberatung fallen. Auch muss der Kommission genügend Zeit eingeräumt werden, um die Vorlagen zu studieren: Den Finanzsanierungsplan erhielten wir am Freitag, 28. August 1998, und mussten ihn bereits am darauffolgenden Montagnachmittag im Plenum beraten. Speziellen Dank gebührt der Protokollführerin der FIKO, *Margrit Kohler*. Die Protokolle wurden der Kommission innerhalb weniger Tage zugestellt, was für Vorbereitung der Sitzungen äusserst hilfreich war. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere der Finanzdirektion, haben die Ergebnisse des Runden Tisches rasch umgesetzt und in den Sommerferien enorme Arbeit geleistet. Die Schlussfolgerung aus dem Ablauf dieses Jahr: Die Rechnung und das Budget müssen der Finanzkommission unbedingt früher unterbreitet werden, damit die Mitglieder genügend Zeit haben, sich seriös mit den Unterlagen auseinanderzusetzen. Offenbar kann speziell die Rechnung nicht früher abgeschlossen werden, weil die Meldungen des Kantons betreffend Steuererträge erst spät eintreffen. Zumindest ein Entwurf zuhänden der FIKO sollte aber frühzeitig abgeliefert werden können.

Durch den Runden Tisch ergab sich bei den diesjährigen Beratungen eine besondere Situation: die FIKO hat mit den Beratungen zum Voranschlag begonnen, bevor die letzten Resultate des Runden Tisches bekannt waren. Zur Bedeutung dieses Runden Tisches: Positiv zu werten ist, dass sich alle beteiligten Parteien an die dort getroffenen Abmachungen gehalten haben. Eine solche parteiübergreifende Zusammenarbeit ist zukunftsweisend. Es stellt sich die Frage, ob sich die eingespielten Strukturen nicht bewährt haben oder ob die speziellen Probleme uns gezwungen haben, über unseren Schatten zu springen und nach neuen Strukturen zu suchen. Grundsätzlich stellt sich auch die Frage nach den Auswirkungen auf die Rats- und Kommissionstätigkeit: es darf nicht sein, dass die gewählten Organe ihrer Bedeutung und Aufgabe beraubt und umgangen werden. Jedoch erfordern ausserordentliche Situationen auch ebensolche Massnahmen. *Stephan Hügli* ist überzeugt, dass FIKO und Stadtrat in ihren gewohnten Strukturen nur wenige der nun vorliegenden Massnahmen be-

schlossen hätten. Der Konsens der Parteien, über die Situation offen zu diskutieren und ein Massnahmenpaket vorzulegen, hat sicher dazu beigetragen, dass diese Lösung gefunden werden konnte. Das Mittel darf aber nicht überstrapaziert werden, weil es sonst seiner Wirksamkeit beraubt wird. Neu am Finanzsanierungsplan und seinen Massnahmen ist, dass er nicht nur Auswirkungen auf das zur Diskussion stehende Budgetjahr hat, sondern bis ins Jahr 2002 hineingreift. Da die vorgeschlagenen Massnahmen nicht ausreichen, bis ins Jahr 2002 ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, braucht es den Runden Tisch weiterhin.

Für den Regierungsrat sollte jedoch das Vorgehen Beweis genug dafür sein, dass sich die Stadt um die Lösung ihrer Finanzprobleme bemüht und selbst in der Lage ist, die Situation ohne externe Hilfe in den Griff zu bekommen. Schwierigkeiten bei der Beurteilung des Massnahmenplans stellten die Einführung der Kostenrechnung sowie die NSB-Projekte dar. Ob die jetzt vorgenommene Weiterverrechnung der Kosten der Querschnittsämtler der Weisheit letzter Schluss ist, sei im Moment offengelassen. Sehr erschwert wird durch die interne Verrechnung jedoch die Vergleichbarkeit der Voranschläge und Rechnungen über mehrere Jahre. Es ist damit zu rechnen, dass es noch 4 Jahre dauern wird, bis die Kostenverrechnung korrekt sein wird.

Zu den Zentrumslasten: Wir hoffen alle, dass die im Massnahmenplan enthaltenen 20 Mio Franken dannzumal auch tatsächlich ausbezahlt werden.

Zum kantonalen Finanzausgleich: Es stellt sich die Frage, ob sich Bern dem untauglichen System anpassen soll oder ob sie diesen Finanzausgleich vehement bekämpfen soll, da er die Kernstädte bestraft.

Arbeitsmarktsituation: Die Stadt unternimmt sehr viel in diesem Bereich. Zu prüfen wäre, ob die Stadt eine Arbeitsplatzbesteuerung einführen soll, z.B. Steuerteilung zwischen Arbeits- und Wohnort wie bei Selbständigerwerbenden.

Zum Finanzsanierungsplan: Die positiven Aspekte hat Stephan Hügli bereits ausgeführt. Negativ ist sicher, dass die Massnahmen relativ spät vorgeschlagen wurden und das Ziel des ausgeglichenen Finanzhaushalts bis ins Jahr 2002 noch nicht erreicht wurde. Ein weiterer Runder Tisch wird sich mit den im Anhang aufgeführten und weiteren Massnahmen auseinandersetzen müssen. Das nächste Paket sollte noch im ersten Halbjahr 1999 dem Stadtrat unterbreitet werden. Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Massnahmen des Runden Tisches ist, dass sich der Stadtrat an die Beschlüsse hält und darauf verzichtet, neue Ausgaben zu beschliessen.

Die Finanzkommission findet die Sparmassnahmen im Personalbereich unerfreulich, diese erfolgen jedoch der Not gehorchend. Ganz klar darf es nicht zu Entlassungen führen; der Gemeinderat muss alles daran setzen, dies zu verhindern (z.B. durch Umplacierungen). Die FIKO beantragt dem Rat, den Massnahmen des Finanzsanierungsplans mit einer Ausnahme zuzustimmen. Dies betrifft Massnahme Nr. 42 (Tierpark). Zusätzlich beantragt die FIKO, die Kosten für den Internet-Auftritt der Stadtverwaltung zu halbieren; Stephan Hügli wird die Begründung bei der Detailberatung des Budgets liefern. Dem Gemeinderatsantrag stimmt die FIKO mit den erwähnten Ausnahmen zu.

Bedauerlich ist, dass heute der Presse entnommen werden musste, dass die CVP nicht mehr am Runden Tisch mitarbeiten will – es wäre interessant zu erfahren, weshalb dem so ist.

Zum Finanzplan 1999 bis 2002: Dieser enthält sämtliche im Sanierungsplan vorgeschlagenen Massnahmen. Die FIKO hat intensiv über eine allfällige zukünftige Steuererhöhung diskutiert und war in dieser Frage gespalten. Einig war man sich hingegen, dass alles getan werden muss, um die Stadt vor allem für gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler attraktiv zu machen. Im Finanzplan selbstverständlich auch nicht enthalten ist die Abtragung der aufgelaufenen Defizite.

Zum Voranschlag 1999: Die Mitglieder der FIKO betrachten sowohl das vorliegende Budget wie auch die Entwicklung der städtischen Finanzlage mit grosser Sorge; die Zukunftsprognosen werden als eher schlecht eingeschätzt. Auch der Gemeinderat hat erkannt, dass die Zeit zum Handeln reif ist und deshalb zum Runden Tisch eingeladen. Obwohl wir uns einig sind, dass sich etwas ändern muss, sind wir uns nicht darüber einig, was sich ändern muss. Die eine Seite findet, dass die Stadt in Anbetracht des kantonalen Finanzausgleichs und der Zentrumslastenproblematik, die Steuern erhöhen sollte. Die andere Seite wehrt sich mit der Begründung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt im Vergleich zu andern Zentren kategorisch

gegen eine solche Steuererhöhung. Von 22 VRB-Gemeinden haben 7 den gleichen Steuersatz wie Bern, 7 einen tieferen und 7 einen höheren. Vergleicht man noch die Abweichung in Steuerzehntel, so haben die 7 steuergünstigsten Gemeinden zusammen 16 Steuerzehntel weniger als Bern, durchschnittlich gut 2 Steuerzehntel weniger. Die 7 steuerlich nachteiligen Gemeinden liegen nur 1,5 Steuerzehntel über der Anlage von Bern. Sollten allerdings Muri oder andere Agglomerationsgemeinden ihren Steuersatz senken, steht die Stadt Bern noch schlechter da. Ebenfalls nicht einig war sich die FIKO in der Frage, ob Bund, Kanton oder Stadt ihre Finanzen besser im Griff haben. Zu grundsätzlichen Diskussionen gab die Wirksamkeit der Aufwendungen im EDV-Bereich Anlass: Unklar ist, ob und welche Einsparungen erreicht werden. Ansonsten lohnt es sich ja wirklich nicht, in die EDV zu investieren. Die FIKO wird sich mit dieser Frage schwergewichtig nächstes Jahr befassen. Zu den Abweichungen der Beschlüsse des Runden Tisches: 1. Die FIKO beantragt dem Rat, die Ausgaben für den Internet-Auftritt der Stadtverwaltung aus folgenden Gründen zu halbieren: Als Schirmherrin des Telematik-Clusters Bern sollte die Stadt durchaus professionellen Ansprüchen genügen – der Preis dafür ist jedoch sehr hoch. Solche Auftritte sind sehr schnelllebig und wahrscheinlich muss bereits im Jahr 2000 wieder über die Bücher gegangen werden. Allenfalls könnte dannzumal für Anpassungen und Ergänzungen nochmals ein Betrag gesprochen werden. 2. Massnahme 42 Tierpark: Der Runde Tisch beantragt einerseits Einsparungen von 300 000 Franken bei den Eigenleistungen, die bisher durch die Stadtgärtnerei erbracht wurden. Da sich dies jedoch nicht in Zahlen bei der Stadtgärtnerei niederschlägt, handelt es sich nicht um eine echte Einsparung. Die FIKO bemängelt seit Jahren, dass der Tierpark seine Einnahmen zu hoch budgetiert und zweifelt deshalb zu Recht daran, dass die vorgeschlagene Erhöhung um 70 000 Franken denn auch erreicht werden könnte. Die FIKO lässt sich aber sehr gerne eines Besseren belehren. Wie jedes Jahr gab auch die Position Bussen und Erträge der Stadtpolizei einiges zu reden: Immer wieder verlangt der Stadtrat vom Polizeidirektor, mehr Einnahmen zu budgetieren als dieser für realistisch hält. Die FIKO beantragt einstimmig, den Finanz-Sanierungsplan mit den Abänderungsanträgen der Kommission gutzuheissen, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen, die Steueranlage auf 2,3 festzusetzen (7 : 0 bei 3 Enthaltungen), die Liegenschaftssteuer und Beleuchtungsabgabe ebenfalls auf dem bisherigen Niveau zu belassen (einstimmig) und die Hundetaxe auf 100 Franken (5 : 0 bei 3 Enthaltungen) festzulegen. Den Voranschlag empfiehlt die FIKO mit 5 : 1 (4 Enthaltungen) mit den vorliegenden Abänderungsanträgen GR/FIKO zur Annahme.

Fraktionserklärungen

Adrian Berthoud (EVP) spricht für die Fraktion EVP/LdU: Der Runde Tisch ist nicht gerade originell, jedoch situationsgerecht. Er stellte eine gute Gelegenheit dar, Parteirepräsentantinnen und –repräsentanten direkt zu informieren und so das Verständnis für die Zusammenhänge der städtischen Finanzpolitik zu fördern. Das eigentliche Ziel – die Sanierung der Stadtfinanzen – konnte jedoch nicht erreicht werden; die EVP ist deshalb auch nicht bereit, an einer allfälligen Folgekonferenz teilzunehmen. Zum Sanierungsplan lässt sich aus finanzpolitischer Sicht nur sagen: Der Berg hat eine Maus geboren. Der Plan lässt neue oder innovative Ideen vermissen; es wurden lediglich alte Anliegen reaktiviert (z.B. Feuerwehrsteuer). Die PVK-Annuitäten-Verschiebung ist auch nur Sand in die Augen gestreut, das Problem wird einfach auf morgen verschoben. Einsparungen gingen einmal mehr zu Lasten des Personals. Die EVP ist enttäuscht, dass der Abbau der Investitionen auf das Finanzierbare erst nach dem Jahr 2002 erfolgen soll. Nicht vergessen werden darf, dass jede Aufwandminderung in ihrem Endeffekt das Personal trifft. Schlussfolgerungen: Die Beratung des Voranschlags muss den kompetenten Organen, nämlich Finanzkommission und Stadtrat, überlassen werden. Die Budgetvorgaben müssen mindestens der Finanzkommission, wenn nicht dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht werden, da nur bis zu diesem Zeitpunkt noch Einfluss genommen werden kann. Zu dem Sanierungspaket: er bedingt eine Erfolgskontrolle über Jahre hinweg und leider ist festzuhalten, dass das Paket die finanziellen Probleme der Stadt in keiner Weise löst.

Adrian Haas (FDP): Der FDP-Fraktion fiel eine Zustimmung zu diesem ersten Sanierungspaket des Runden Tisches nicht leicht. Seit mehreren Jahren warnt die FDP erfolglos vor dem Finanzdebakel, vor dem wir heute stehen. Mit zahlreichen Vorstössen hat die FDP ein rechtzeitiges Eingreifen verlangt und erntete im Rat zum grössten Teil Missfallen und Vorwürfe. Beinahe hätten wir uns aus der Finanzpolitik der Stadt verabschiedet und die Misere denjenigen überlassen, die sie letztendlich zu verantworten haben. Es brauchte einiges, um nach vielen Jahren erfolglosen Kampfes für Gesunde Stadtfinanzen Hand zu dem vorliegenden Paket zu reichen. Wir fühlen uns, ob als wir einen Fitnesssteller bestellen und am Schluss das Schlemmermenü der anderen mitbezahlen müssen. Wir verlassen den Tisch jedoch nicht und sind sogar bereit, zu gewissen Einnahmenerhöhungen ja zu sagen.

Zum Inhalt des Pakets 1: Die Finanzplanung für die kommenden Jahre weist beträchtliche Defizite auf. Ohne Sanierungspaket würden sich diese Defizite zwischen 70 und 87 Mio Franken bewegen. Die Sanierungsmassnahmen des 1. Pakets führen mittelfristig zu einer Haushaltverbesserung von rund 60 Mio Franken (vorausgesetzt, der Kanton gilt uns die Zentrumslasten mit 20 Mio Franken ab). Das Paket reicht also bei weitem nicht, deshalb ist es richtig, dass der Runde Tisch die Forderung der FDP-Fraktion nach Folgepaketen unterstützt. Ganz abgesehen davon, dass die FDP die heute auf dem Tisch liegenden Vorschläge schon seit Jahren fordert: Zusammenlegung der Garagebetriebe, Werkhöfe, Redimensionierung des Vermessungsamts, der Stadtgärtnerei, Subventionskürzungen usw. Entgegen unseren Wünschen enthält der Plan aber auch viele einnahmeseitige Massnahmen: Feuerwehrpflichtersatzabgabe, Parkgebühren, Entnahmen aus Fonds, Erhöhung der Gebühren der Sanitätspolizei, Mietzinserhöhungen für Altersheime, zusätzliche Gewinnablieferungen von EWB und GWB, die schlussendlich die Bezügerinnen und Bezüger von Gas und Strom finanzieren. Verschiedene Massnahmen bringen keine echte Ersparnis, sondern schieben das Problem nur hinaus: Erstreckung der PVK-Annuitäten oder der vorläufige Verzicht auf notwendige Investitionen. Zur Massnahme 32 hat die FDP bereits am Runden Tisch einen Vorbehalt angebracht: Die Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt um 1 Franken/Stunde ist uns zu massiv. Dennoch stellt das Paket einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Wir erwarten, dass der Runde Tisch spätestens im nächsten Frühling über ein Massnahmenpaket 2 beraten wird. Die Sanierung der Stadtfinanzen muss primär ausgaben-seitig erfolgen. Die stete Abnahme von Bevölkerung und Betrieben muss ihr Spiegelbild in der Redimensionierung der Stadtverwaltung finden. Weitere Massnahmen könnten sein: Als Folge der Kantonalisierung verschiedener Bildungseinrichtungen kann der Verwaltungsapparat der Schuldirektion weiter reduziert werden; das Vermessungsamt kann noch verkleinert werden; Gebühren für die Bauberatung bei der Stadtgärtnerei oder Gebühren für die An- und Abschaltung der Stromversorgung sind denkbar; die Subventionsbestände sind noch einmal zu durchforsten; die Beiträge an die Zentrumslasten sollen nur für eine Lastminderung und nicht für neue Ausgaben verwendet werden. Back-Office-Bereiche der Verwaltung können aus teuren Gebäuden im Stadtzentrum ausgelagert und die Räumlichkeiten können entweder für Wohnungen oder Büros freigegeben werden. Die Regionalisierung der Kehrrichtverbrennungsanlage oder das Outsourcing der EDV sind weitere Themen. Zudem könnten einige Restaurants verkauft werden, um die Schulden zu tilgen und die Zinslasten der Laufenden Rechnung zu reduzieren. Im Fonds gibt es noch weitere Desinvestitionsmöglichkeiten. Sparvorgaben könnten auch den NSB-Piloten auferlegt werden. Schliesslich müssten auch Beträge unter 100 000 Franken unter die Lupe genommen werden.

Zur Steuererhöhung: einer solchen wird die FDP niemals zustimmen, an welchem Tisch auch immer. Das hat nichts mit Sturheit zu tun, sondern hat seine guten Gründe. Der Rückgang der Steuereinnahmen ist nicht nur konjunkturell bedingt, sondern lässt sich auch mit dem Verlust guter Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erklären. Bei der Behandlung des letztjährigen Verwaltungsberichts hat Therese Frösch auf eine Analyse der Steuerverwaltung hingewiesen, die aussagt, dass Zuwanderer im Vergleich zu Abwanderer nur noch 65 bis 75% der Gemeindesteuern einbringen. Bei den Vermögenssteuern beträgt das Verhältnis 25 bis 35%. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt eine Folge der Steuererhöhung von 1994. Mit einer Erhöhung der Steueranlage würde dieser Trend noch verstärkt, die Steuererträge würden nochmals sinken und die Spirale würde sich weiter drehen. Verstärkt würde die Abwanderung durch die beabsichtigten Steuersenkungen in den Regionsgemeinden. Aus all diesen

Gründen bestreitet die FDP vehement die Aussage, dass eine Steuererhöhung zusätzliche Erträge von 20 Mio Franken bringen würde.

Die FDP stimmt dem Sanierungspaket zu und ist bereit, dieses als ersten Schritt in die richtige Richtung mit Stimmenthaltung zum Budget 1999 zu honorieren. Sollte sich jedoch an künftigen Stadtratssitzungen und anhand des noch folgenden Pakets zeigen, dass es der Ratsmehrheit mit der Finanzsanierung nicht mehr ernst ist, werden wir unsere Haltung zum Budget sofort revidieren.

Michael Burri (GFL): Die GFL-Fraktion stimmt dem Ergebnis des Runden Tisches zu. Einige Massnahmen tun weh, so zum Beispiel die Kürzungen im Bildungsbereich – namentlich die Kürzung der Stipendien im Musikbereich. Die stadträtliche Kulturgruppe hat sich von den Herren Ludi, Schmitt und Jenzer über die Wichtigkeit der Teilnahme gerade von sozial schwierigen Kindern am Musikunterricht orientieren lassen. Die geplante Redimensionierung oder gar Abschaffung der Fachstelle für Erwachsenenbildung erstaunt ziemlich, erinnert man sich an die vergangenen Voten der Schuldirektorin, in der diese die Bedeutung der Fachstelle sehr hervorgehoben hat. Gespannt sind wir auf den Prüfungsbericht zum Postulat Liseslotte Lüscher betreffend Regionalisierung dieser Fachstelle. Denkbar wäre übrigens auch eine Zusammenlegung mit der neuen Fachstelle für Integration. Eine Kategorie des Sanierungsplans basiert auf dem Prinzip Hoffnung: so dürften die Gewinnablieferungen des EWB im Zuge der Strommarktliberalisierung sehr schnell kleiner werden, auch der Verkauf diverser Schulanlagen an den Kanton ist eher unrealistisch. Eine weitere Gruppe Massnahmen hätte der Gemeinderat längst von sich aus ergreifen können; Adrian Haas hat diese bereits aufgezählt. Bei einigen Vorschlägen hätte der Gemeinderat sogar weiter gehen müssen: Polizeiinspektorat, Zivilschutz und Nachrichtendienst. Beim Zivilschutz wäre ein generelles Moratorium denkbar, das auch die baulichen Erneuerungen einschliesst. Obwohl dies gegen übergeordnetes Recht verstossen würde, wäre durchaus denkbar, dass die Stadt mit Blick auf das neue Gemeindegesetz, das vorschreibt, die aufgelaufenen Defizite innert 8 Jahren zu tilgen, eben nicht alle vom übergeordneten Recht vorgeschriebenen Aufgaben mehr erfüllt. Es ist positiv, dass höhere Beiträge der Gebäudeversicherung (Feuerwehr) angestrebt werden; auch bei Kanton und Bund sollten noch höhere Beiträge eingefordert werden. Mit der Wiederaufnahme der Koordinationsgespräche mit den Agglomerationsgemeinden könnte möglicherweise in Richtung Regionalisierung der Feuerwehr hingearbeitet werden. Zu prüfen wäre auch die Abschaffung der Statistikdienste.

Die Fraktion GFL steht der Feuerwehrrpflichtersatzabgabe skeptisch bis ablehnend gegenüber, da sie vom Rat bereits zweimal abgelehnt wurde und zudem dem Verursacherprinzip widerspricht. Eine Steuererhöhung wäre sinnvoller und sozialer. Nach der Debatte vom letzten Donnerstag erstaunt es, dass die versprochenen Einsparungen von 200 000 Franken bei der Schulzahnklinik erst ab 2002 realisiert werden sollen. Den Vertreterinnen und Vertretern von RGM, die letzte Woche die Motion so erbittert bekämpft haben, sei vor Augen geführt, dass 10 Nischenarbeitsplätze beim SIB aufgehoben werden sollen, jedoch keine der hoch dotierten Zahnarzt-Stellen. Zum Anhang hält Michael Burri fest, dass die GFL kaum mehr ja zu einem Kompromiss sagen könnte, falls tatsächlich im beschriebenen Mass auf die Zusatzangebote des öffentlichen Verkehrs verzichtet werden sollte (Verlängerung der SVB-Linien Wankdorf und Brünnen).

Ein Runder Tisch kann durchaus sinnvoll sein, dieser darf jedoch den parlamentarischen Prozess nicht ersetzen. Die Kritik der CVP an dieser Institution ist durchaus berechtigt. Diese Kritik muss aber insbesondere gegenüber dem Runden Tisch in Sachen Gemeindeordnung gerichtet werden, wo sich die Regierung als Schiedsrichter aufführte. Auch für die Fraktion GFL ist noch offen, ob sie an weiteren Runden Tischen teilnehmen wird, insbesondere da Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zueinander stehen. Trotzdem dankt Michael Burri für den geleisteten Sonderaufwand.

Arnold Bertschy (CVP) spricht für die CVP/ARP/FPS-Fraktion: Das äusserst schlechte Rechnungsergebnis 1997 bestätigt leider unsere Befürchtungen, dass es der RGM-Mehrheit nicht gelingt, für unsere Stadt einen ordentlichen Finanzhaushalt zu realisieren. Unsere Warnungen, dass in Folge der schlechten Wirtschaftslage mit empfindlichen Einbussen bei den Steuererträgen zu rechnen sein werde, wurden in den Wind geschlagen und unser Engage-

ment für einen sparsamen und haushälterischen Umgang mit den Stadtfinanzen wurde nicht ernst genommen. Heute steht eine überraschte Finanzdirektorin vor der Tatsache, dass die Rechnung 1997 mit einem Defizit von beinahe 53 Mio Franken abschliesst. Budgetverbesserungen müssen sowohl auf der Einnahme- wie auf der Ausgabenseite erfolgen. Es ist unerlässlich, dass die vorhandenen finanziellen Lasten besser verteilt werden. Dies bedingt aber eine vertrauensbildende Politik, die sich darauf ausrichtet, die Bevölkerungszahl zu erhöhen und Betriebe und Unternehmen nach Bern zu holen. Bern muss ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort für steuerzahlende Personen und Unternehmen werden. Die vorhandenen Lasten müssen wieder auf mehr Schultern verteilt werden und nicht immer auf weniger. Auf der Ausgabenseite müssen durch das Setzen von Prioritäten und das Beschränken auf das absolut Notwendige die Kosten weiter gesenkt werden. Vor allem die Konsumausgaben sind rigoros einzuschränken. Wir müssen endlich unterscheiden, ob wir einfach Geld ausgeben oder in die Zukunft investieren. Zum Runden Tisch: Obwohl dieser zum vorliegenden Sanierungsplan geführt hat, muss dies ein einmaliges Vorgehen bleiben. Dieser ist ein Notbehelf, damit teilweise begangene Fehler korrigiert werden können. Was wir jetzt brauchen, ist eine strategische Finanzpolitik im Rahmen der parlamentarischen Mechanismen. Mit diesen Vorbehalten nehmen wir den Sanierungsplan zur Kenntnis und geben gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass der Gemeinderat begriffen hat, welche Hausaufgaben er noch zu erledigen hat.

Beat Schori für die SVP-Fraktion: Der Sanierungsplan 1999 bis 2002 ist ein Gesamtpaket; mit einigen Massnahmen sind wir voll einverstanden, mit anderen etwas weniger. Vom Resultat des Runden Tisches sind wir jedoch nicht befriedigt, da keineswegs Schulden abgebaut werden, sondern nur Kosmetik gemacht wird. Bedauerlich ist, dass der Stadtrat jeden Sparvorschlag ablehnt und so keine Ausgabenbremse zustandekommen kann. Die SVP fordert den Gemeinderat auf, mit Hochdruck an die Umsetzung der Massnahmen zu gehen, damit schon das Budget resp. die Rechnung 1999 um mehr als 10,6 Mio Franken verbessert werden kann. In diesem Sinne unterstützt die SVP-Fraktion den Sanierungsplan.

Irène Marti Anliker (SP) bezieht sich in ihrer Fraktionserklärung sowohl auf den Finanz-Sanierungsplan, den Finanzplan wie das Budget 1999. Die Finanzsituation der Stadt ist problematisch. Wenn wir den Finanzplan betrachten erschrecken wir: Zwar konnten die Ausgaben stabilisiert werden, die aufgelaufenen Schulden und der dramatische Einbruch der Steuereinnahmen als Folge der Krise, versetzen uns in eine Situation, die den finanzpolitischen Handlungsspielraum sehr klein hält. Die Lasten im Kanton und in der Region Bern sind ungerecht verteilt; die reichen Gemeinden werden immer reicher und unsolidarischer, die armen immer ärmer und asozialer. In dieser Situation müsste man aus sachlichen, finanzpolitischen Gründen die Einnahmenseite mit einer Steuererhöhung verändern. Finanzpolitisch wäre dies die richtige Lösung und sozialpolitisch die gerechteste. Die diesjährigen Beratungen zum Voranschlag 1999 stehen unter dem Stern des Runden Tisches. Mehrmals wurde der Massnahmenplan zur Sanierung der Finanzen diskutiert: es handelt sich um Sparmassnahmen, die unsere Finanzen noch nicht sanieren können, so dass es sich nicht eigentlich um einen Sanierungsplan handelt. Die SP hat sich ausführlich mit den Massnahmen auseinandergesetzt und sagt vor allem aus politischen Gründen Ja zu diesem Plan, damit künftig eine unverkrampftere finanzpolitische Diskussion geführt werden kann. Deshalb stört Irène Marti Anliker auch die Drohgebärde der FDP; eine solche Haltung stellt keine gute Ausgangslage dar. Die Massnahmen, die wir heute zum Budget und zum Massnahmenplan beschliessen, gelten und die gute Atmosphäre, in der der Runde Tisch stattgefunden hat, soll nicht schon wieder gefährdet werden. Einzelne Massnahmen tun weh: Zu den Musikschulen: hier geht es darum, einen minimalen Selbstbehalt einzuführen wie dies auch in den Regionsgemeinden üblich ist. Die Subventionen sollen selbstverständlich nicht abgeschafft werden. Zum Stellenabbau: Beschäftigungspolitisch betrachtet müsste dieser bekämpft werden, da es volkswirtschaftlich keinen Sinn macht, immer mehr Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz zu verwehren. Es werden zwar keine Personen entlassen, durch die Streichung der Stellen wird jedoch verhindert, dass andere Menschen eine Stelle erhalten können. Dass es gerade wieder Nischenarbeitsplätze betrifft, macht die Sache nicht leichter. Die Stadtgärtnerei will ihren Pflegestandard senken und dies wird dann für alle Bürgerinnen und Bürger so-

wie die Besucherinnen und Besucher unserer Stadt sichtbar. Es bleibt zu hoffen, dass die Bürgerlichen dannzumal nicht nach schöneren Beeten im Rosengarten verlangen werden. Die vermehrte Vergabe von Aufträgen an Dritte (Beispiel Stadtgärtnerei) bringt keine Einsparungen, sondern ist lediglich eine Verschiebung. Es ist übrigens keine städtische Aufgabe, im Gärtnermeistergewerbe Strukturhaltung zu betreiben. Der Massnahmenplan bedeutet für die SP Kompromissbereitschaft; das grösste Opfer bringt die SP, indem sie auf eine Steuererhöhung verzichtet. Die geplante Feuerwehrpflichtersatzabgabe stellt dazu keine Alternative dar. Obwohl eine Steuererhöhung sowohl finanzpolitisch wie auch sozialpolitisch das einzig richtige wäre, verzichten wir schweren Herzens darauf. Die Freisinnigen erinnern eher an den Vatikan und die Dogmen, als an eine flexible, dynamische und fachkompetente Organisation. Adrian Haas sei daran erinnert, dass er und seine Partei bei der Bestellung des Menus sehr aktiv waren (Sporthallen, Beiträge an die BEA usw.). In den guten Zeiten hat die bürgerliche Seite die Steuern gesenkt, anstatt die Schulden abzutragen.

In einem stimmen wir jedoch überein: Es müssen Massnahmen für die Bekämpfung der Abwanderung aus der Stadt ergriffen werden. Es ist aber nicht etwa so, dass alle, die die Stadt verlassen, in eine steuergünstigere Gemeinde wechseln; es gibt sehr viele, die einen Wohnort wählen, der einen höheren Steuerfuss als Bern hat. Gründe für die Abwanderung sind vielmehr die Wohnsituation, die Verfügbarkeit von günstigen Wohnungen, die Umgebung usw. Anstatt alle Energie in die Bekämpfung einer Steuererhöhung zu stecken, sollten wir gemeinsam Perspektiven für die Realisierung einer effektiven Wohnbaupolitik entwickeln. Auch die Weiterentwicklung des Regionsgedankens wäre tauglich: Betrachtet man die Region, ist das Verhältnis zwischen Arbeiten und Wohnen sowie die Finanzen ausgeglichen.

Zum Finanzplan: Er spricht klare Worte, leider fehlt die Einsicht, auf der Einnahmenseite Veränderungen zu realisieren. Auf Seite 14 des Finanzplans werden die Folgekosten jeder Investition dargestellt. Eine wirkliche Entlastung der Stadtfinanzen stellte die Beschränkung der Investitionen auf den Selbstfinanzierungsgrad dar. Natürlich ist diese Massnahme für Industrie und Gewerbe hart; diese Seite darf aber nicht laufend Aufträge des Staates fordern und ihn gleichzeitig finanziell aushöhlen.

Zum Voranschlag 1999: Trotz den Sparmassnahmen fehlt auch hier ein Steuerzehntel. Irène Marti Anliker dankt dem Gemeinderat dafür, dass er für nächstes Jahr mehr Lehrstellen vorsieht und somit die überwiesene SP-Motion sehr rasch erfüllt, obwohl dies etwas kostet. Der Rat wird gebeten, den Anträgen 1 bis 7 des Sanierungsplans zuzustimmen, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen und auf das Budget 1999 einzutreten.

Für die Fraktion GB/JA! spricht *Peter Sigerist* (GB): Der Präsident der Finanzkommission hat die drei Geschäfte gut und richtig dargestellt. In einem Punkt muss er jedoch korrigiert werden: mindestens Peter Sigerist macht sich nicht so enorm grosse Sorgen über die Finanzsituation; diese wird auch heute abend einmal mehr weit übertrieben dramatisch dargestellt. Nicht nur der Sprechende, sondern auch Literaten haben genug von dem ewigen Spargesang. Peter Sigerist verweist auf die Geschichte „Spargesellschaft“ von Beat Sterchi, nachzulesen im Stadtanzeiger vom 9. Mai 1998, die als wichtigste Schlussfolgerung aufführt, dass „alle im reichsten Land der Welt sparen“. Betrachtet man nicht nur ein Jahresbudget oder einen Finanzplan, sondern zieht auch das Vermögen in die Beurteilung mit ein, wird ersichtlich, dass die Situation nicht so dramatisch ist. So erscheinen beispielsweise die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens mit einem Buchwert von 249 Mio Franken, während sie für 1,65 Mia Franken brandversichert sind. Dort ist also eine beachtliche stille Reserve vorhanden. Würde sich eine AG in der gleichen Situation wie die Stadt befinden, löste sie diese stillen Reserven auf und könnte damit die Fehlbeträge decken. Aufgrund der strengen Vorschriften des Kantons ist dies der Stadt nicht möglich. Die Situation soll damit nicht verharmlost werden, aber die Argumente derjenigen, die immer wieder fordern, dass sich die Stadt wie Private zu verhalten habe, in Frage gestellt werden. Die Stadt soll sich eben nicht wie eine private AG verhalten, da sie die Wirbel, die auf dem freien Markt entstehen, sozialverträglich auffangen muss und die übergeordneten Gesetze dies auch gar nicht zulassen.

Der Runde Tisch ist sicher ein Erfolg auf der politischen Ebene: 1. wird dadurch die übertriebene Spareuphorie etwas gedämpft, 2. mussten alle über ihren Schatten springen und zum Teil Massnahmen zustimmen, die entgegen ihrer Überzeugung vollzogen werden müssen, 3. die Fraktion GB/JA! wird die Weiterführung des Runden Tisches unterstützen. Peter Sigerist

hofft, dass sich kein Komitee gegen das Budget 1999 bildet und die Diskussionen gesitteter verlaufen als in den Vorjahren. Es besteht ein Konsens darüber, dass die hohen Zentrumsleistungen an die Regionsgemeinden einigermaßen gerecht abgegolten werden müssen. In zahlreichen Debatten haben sich vor allem die freisinnigen Vertreter immer wieder dahingehend geäußert, dass es sich bei diesem Argument lediglich um ein Ablenkungsmanöver handle, weil man selber eben nicht sparen wolle. Eine Einigkeit in dieser Frage ist umso wichtiger, als dass die Stadt gegenüber dem Kanton geschlossen auftreten muss. Das dritte Erfolgserlebnis des Runden Tisches stellt die Tatsache dar, dass die Stadt eine eigenständige Lösung für ihre Finanzprobleme treffen konnte. Der Runde Tisch soll nicht glorifiziert werden und muss eine einmalige Massnahme sein, da sich nicht alle Probleme an einem Runden Tisch lösen lassen. Peter Sigerist hofft, dass die am Runden Tisch gezeigte geschlossene Haltung auch bis zur Budget-Abstimmung getragen werden kann, und nicht durch Absatzbewegungen oder andere Kanäle torpediert wird. Es ist wirklich zu hoffen, dass nicht wieder ein finanzpolitischer Grabenkampf inszeniert wird. Allerdings lassen einige heute gehörte Argumente schon leichten Zweifel aufkommen. Die Fraktion GB/JA! steht voll hinter dem Runden Tisch und unterstützt die Anträge des Gemeinderats zum Sanierungsplan sowie den Voranschlag mit den von der FIKO und dem GR vorgeschlagenen Anträgen. Peter Sigerist bittet den Rat, das Budget vor der Abstimmung nicht nur passiv, sondern aktiv zu unterstützen, da das Verhalten ausschlaggebend ist, ob mit dem Runden Tisch weitergemacht werden kann.

Einzelvotum

Luzius Theiler (GPB): Der Runde Tisch stellt ein weiteres trauriges Kapitel in der schleichen- den Entmachtung des Stadtrats dar. In der Tat gilt seit der Französischen Revolution der Grundsatz, dass die politischen Debatten öffentlich geführt werden, damit die Bevölkerung nachvollziehen kann, wie und weshalb welche Entscheide gefällt werden. Wenn jetzt argumentiert wird, dass ein Gefäss geschaffen werden muss, um offen und vertraulich zu verhandeln, lässt sich das nicht anders als mit Kabinettpolitik umschreiben. Es ist eine Zumutung, wenn den Stadträtinnen und Stadträten unterstellt wird, sie könnten nur diskutieren, wenn niemand zuhört. Auch die weiteren Ausführungen des Gemeinderats im Vortrag sind sehr problematisch: so setzt er uns das Messer an den Hals mit der Aussage, dass das Ganze als Gesamtpaket beschlossen werden müsse, ansonsten solle man es lieber lassen. Luzius Theiler ersucht den Rat, jeden Vorschlag genau zu prüfen und im Einzelfall zu entscheiden. Nicht jeder Vorschlag macht Sinn und ist politisch vertretbar. So sind jene im Bereich Zivilschutz durchaus sinnvoll, aber die meisten haben mit Sparen nichts gemein. So hat der Stadtrat die Feuerwehrgeldabgabe klar abgelehnt und nun befürwortet sogar der Freisinn diese Abgabe, obwohl er immer lauthals verkündet, sich gegen jede neue Steuer zu wehren. Auch die Verschiebung der Annuitäten-Abzahlung ist keine Einsparung, ebenso wenig wie der Finanzausgleich. Fazit: Bei den grossen Beträgen handelt es sich mitnichten um Einsparungen und die kleinen Sparbeträge treffen eben gerade nicht diejenigen, die heute das Wort Sparen gross schreiben. Die grössten Sparapostel im Rat sind dann auch am subventionsgierigsten, wenn es das eigene Portemonnaie betrifft. Die in Massnahme Nr. 4 versprochenen 40 000 Franken für neue Sparvorschläge müssten eigentlich jenen zukommen, die Unterschriften gegen den NAHA2-Beitrag gesammelt haben. Gerade bei solchen Geschäften haben wir die Möglichkeit, namhafte Summen zu sparen. Genau dort liegt auch die Ursache unserer schlechten Finanzlage: wir müssen für den Sport nicht auf allen Ebenen Nationalliga-A oder Champions League-würdige Infrastruktur bereitstellen. Wir können uns in Bern nicht leisten, drei Entwicklungsschwerpunkte zu pflegen, umsomehr sich kaum Investoren finden lassen. Das bedeutet Dauerausgaben, die zu den erwähnten Zentrumslasten führen. Gerade mit Blick auf die Region können wir uns diese Überkapazitäten und diesen Konkurrenzkampf nicht mehr leisten. Zur Entmachtung des Berner Stadtrats: Die Aussage auf Seite 4 des Vortrags „Unzulässig wäre es, wenn der Stadtrat materielle Beschlüsse zu den nicht in seinem Kompetenzbereich liegenden Massnahmen fällen würde“ ist absolut unakzeptabel. Der Stadtrat hat das Recht und die Pflicht, zu jedem Budgetposten Beschlüsse zuhanden des Volks zu fassen. Dieses Budgetrecht dürfen wir uns weder durch NPM noch durch den Runden Tisch wegnehmen lassen. Mit der Begründung Notmassnahme den

Stadtrat mundtot zu machen, ist völlig verfehlt. Luzius Theiler ist froh über die Absetzbewegungen vom Runden Tisch; die GPB hat von Anfang an beschlossen, dort nicht mitzumachen. Die echten Sparvorschläge treffen zum grössten Teil kleine Institutionen und die Schwächsten: Konservatorium, Arbeitsplätze, Aktion Bettwärme; im Anhang die Mittagstische, die Tagesschulen, Energiefachstelle, Kulturmoratorium usw. Luzius Theiler bittet den Rat, die Vorlage nicht als Gesamtpaket zu betrachten und sich wieder an seine Aufgabe, Bedeutung und Gewichtung zu erinnern. Luzius Theiler lehnt den vorliegenden Sanierungsplan ab.

Finanzdirektorin *Therese Frösch* dankt dem Präsidenten der Finanzkommission, der die Verhandlungen sehr sachlich und wahrheitsgetreu wiedergegeben hat. Ebenfalls Dank gebührt der FIKO sowie den Teilnehmenden am Runden Tisch, die sich über Stunden mit den Vorschlägen auseinandergesetzt haben. Es hat sich gezeigt, dass die Situation ausserordentlich ist und nach ausserordentlichen Massnahmen verlangt. Es ist nach wie vor das Ziel, die Probleme auf derjenigen Ebene zu lösen, wo sie bestehen. Dass dies immer schwieriger wird, haben wir in den letzten Tagen nochmals zu spüren bekommen: der Kanton Bern ist zu arm, um uns zu unterstützen und gleichzeitig hat es ganz in der Nähe eine Gemeinde, deren Steuerfuss halb so hoch ist wie beispielsweise derjenige von Lauterbrunnen. Es ist äusserst schwierig, die Souveränität zu behalten, wenn die Rahmenbedingungen nicht mehr stimmen; wenn der Förderalismus nicht mehr funktioniert und ihm immer mehr nachgeholfen werden muss (z.B. durch Steuerharmonisierung). Die Finanzdirektorin hat schon bei ihrem Amtsantritt die Steuerteilung zum Thema gemacht. Bümpliz wurde 1919 eingemeindet, weil die Bewohnerinnen und Bewohner am Arbeitsort Steuern bezahlt haben und der Wohnort völlig verarmte. Vor den gleichen Strukturmängeln oder Mängeln am Förderalismus stehen wir heute. Zusätzlich leben wir in einem armen Kanton, der uns im Rahmen des Lastenausgleichs keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen kann. Trotzdem versuchen wir, unsere Probleme selbst zu lösen und heute konnte auch festgestellt werden, dass alle ziemlich unzufrieden sind, jedoch eine gewisse Akzeptanz für den eingeschlagenen Weg zu spüren ist. Ob ein weiterer Runder Tisch nötig sein wird, ist heute noch unklar.

Therese Frösch ist dankbar, dass sich die Arbeit gelohnt hat, sie ist sich gleichzeitig bewusst, dass das Ziel noch nicht erreicht ist. Die Rahmenbedingungen des neuen Gemeindegesetzes setzen enge Grenzen und der Steuerzehntel fehlt immer noch. Die Gemeinde muss sich nun auch noch gegen die Steuergesetzrevision wehren, die zu Mindereinnahmen von 19 bis 35 Mio. Franken führen würde. Auch beim Lastenausgleich im Fürsorgewesen will der Regierungsrat die Leistungen der familienexternen Dienste ausklammern, dies würde unsere Situation nochmals verschlechtern. Diese Fakten, der Budgetfehlbetrag sowie die aufgelaufenen Verlustviträge verhindern die geforderte Souveränität. Im Moment kann die Stadt das Spielfeld nicht mehr alleine abstecken. Es nützt nichts, die Budgetdebatte anzuhetzen, da vor allem auch durch das neue Gemeindegesetz schlussendlich der Kanton sagt, welche Richtung einzuschlagen ist. Es werden Gespräche mit dem Kanton stattfinden und wir müssen uns überlegen, wie wir gemeinsam gegen die geplante Steuergesetzreform vorgehen können. Wir können nur gewinnen, wenn wir in den wesentlichen Fragen zusammenhalten und die Resultate des Runden Tisches unterstützen. Heute stimmen wir über nichts ab, sondern nehmen lediglich Kenntnis von den einzelnen Massnahmen.

Zum Vorwurf, dass nicht gespart, sondern lediglich umgelagert oder verschoben wird: Sparen heisst nicht einfach, Stellen abbauen und Personal entlassen. Das wäre ein volkswirtschaftlicher Unsinn. Der Regierung muss zugestanden werden, dass sie betriebswirtschaftlich denkt und handelt, das heisst zum Beispiel auch neue Ideen in der Geldbewirtschaftung umsetzt. Die Sparvorschläge stellen ein Konglomerat dar, zusammengestellt aus Vorschlägen der Parteien, des Stadtrats, des Gemeinderats und der Verwaltung. Alle sind verantwortlich für die Qualität des Massnahmenplans. Therese Frösch dankt allen, die zum Ergebnis des Runden Tisches stehen und den Voranschlag 1999 auch in der Abstimmung vom 29. November 1998 unterstützen werden. Die schwierige finanzielle Lage können wir nur gemeinsam meistern.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag des Gemeinderats zum Sanierungsplan mit 65 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen zu. Eine Ergänzung des Sanierungsplans ist *im ersten Halbjahr 1999* (Punkt 7) vorzulegen.

2 Finanzplan 1999-2002

Antrag Nr. 216

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 1999 - 2002.

Fraktionserklärungen

Adrian Berthoud (EVP) für die Fraktion EVP/LdU: Einmal mehr stellt der Gemeinderat fest, dass er dem Stadtrat den Finanzplan freiwillig zur Kenntnis bringt. Damit übernimmt er auch die ganze Verantwortung dafür. Seit 10 Jahren stellt der Gemeinderat fest, dass die Situation unerfreulich sei und versucht, mit Pflasterlipolitik niemandem weh zu tun. Dass der Souverän die vom Kanton angeordnete Steuererhöhung rückgängig gemacht hat, verschärft die Situation zusätzlich. Nirgends findet sich in den Unterlagen ein konkreter Hinweis über die Auswirkungen des neuen Gemeindegesetzes. Unter Berücksichtigung des Sanierungsplans ist frühestens im Jahr 2004 ein ausgeglichenes Budget möglich. Dannzumal werden die aufgelaufenen Defizite einen Betrag von 550 Mio Franken erreicht haben, die Zinsen werden 27 Mio. Franken pro Jahr ausmachen. Defizite können bekanntlich nur durch Rechnungsüberschüsse abgetragen werden. Da der Kanton auch kein Geld hat, bringt die Übertragung der Schulhäuser an den Kanton nichts. Es ist völlig unverständlich, dass der Gemeinderat trotz stagnierenden Erträgen ein Ausgabenwachstum plant. Die momentan spürbare wirtschaftliche Erholung kann sich nur allzu rasch wieder verschlechtern, sieht man sich die Entwicklung in Russland und im Fernen Osten an. Es ist voraussehbar, dass die Zinsen weiter steigen und die Stadtbevölkerung abnehmen werden. Die EVP/LdU-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, für das Jahr 2000 ein Budget vorzulegen, dessen Gesamtaufwand unter 1 Mrd. Franken liegt. Unter dieser Bedingung kann auch einer Steuererhöhung zugestimmt werden. Dazu sind einschneidende Massnahmen nötig. Der Gemeinderat muss mehr Mut beweisen und entscheidende Schritte zur Sanierung der Finanzlage unternehmen. Der Finanzplan kann in diesem Sinne nicht befriedigen. „Es genügt nicht zu sagen, wir tun unser bestes; es muss uns gelingen, das zu tun, was erforderlich ist“ (Zitat).

Ueli Stückelberger (GFL) hält fest, dass wir das Erforderliche nur tun können, wenn wir einen Konsens finden und eine Mehrheit hinter dem Resultat steht. Der Finanzplan ist eine gute und transparente Unterlage und dient sowohl als Führungsinstrument wie als Frühwarnsystem. Die Budgetperspektiven sind nicht rosig und eine Sanierung der Stadtfinanzen ist nicht in Sicht. Die Fraktion GFL möchte dem Gemeinderat einige Gedanken und Vorschläge zu einzelnen Positionen der Mittelfristigen Finanzplanung mitgeben: Erfreulich ist die Investition in die Renaturierung von zwei Bächen, die Aufwertung des Bahnhofplatzes, die Verlängerung der Buslinie 20 bis ins Wankdorf sowie der Linie 14 bis nach Brünnen. Weshalb aber werden für den Masterplan, Realisierung der Stadtplätze und Verkehrslösung, 40 Mio Franken vorgesehen, wo doch das Stimmvolk letztes Jahr Nein gesagt hat zu dieser Vorlage? Enttäuschend ist dagegen, dass die Gestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes erst ab dem Jahre 2001 an die Hand genommen werden soll. Da der 80 Mio-teure Schanzentunnel jetzt nicht realisiert wird, sollte doch mit dem „gesparten“ Geld etwas für die Innenstadt getan und das schon lange vorliegende Projekt für die beiden Plätze vorgezogen werden. In der Planung vermisst die Fraktion GFL auch den Bundesplatz. Wofür sind die 21 Mio Franken unter dem Stichwort „Realisierung STEK-Vorhaben“ konkret vorgesehen? Der Finanzplan 1999 bis 2002 ist eine gute Arbeitsgrundlage und lässt erkennen, dass sich der Gemeinderat der finanziellen Lage der Stadt sehr wohl bewusst ist.

Hans-Ulrich Gränicher (SVP): Die SVP-Fraktion teilt die Schlussfolgerungen des Gemeinderats zum Finanzplan auf Seite 19. Das mit dem Sanierungsplan Erreichte genügt nicht, weitere Anstrengungen und zusätzliche Sanierungsmassnahmen sind zwingend, um den Finanzhaushalt der Stadt Bern ins Gleichgewicht zu bringen. Es stimmt sehr bedenklich, dass in den nächsten Jahren weitere und noch grössere Defizite anstehen. Noch kritischer wird die Situation mit dem neuen Gemeindegesetz ab 1. Januar 1999, das sehr konkret vorschreibt, was mit Finanzfehlbeträgen zu geschehen hat. Einerseits sind die bis 1997 aufgelaufenen 291 Mio Franken in einem separaten Sanierungsplan abzutragen und andererseits müssen die neuen Defizite ebenfalls innert 8 Jahren abgebaut werden. Weitere Neuerungen kommen auf uns zu: Revision der Steuergesetzgebung, die uns Steuerausfälle von 20 bis 25 Mio Franken pro Jahr bescheren wird; zu erwarten sind auch Massnahmenpakete auf Bundesebene mit finanziellen Konsequenzen für die Stadt. Die SVP-Fraktion erachtet die finanzielle Situation und die Budgetaussichten als dramatisch. Ganz klar kann der Finanzhaushalt nicht mit einer Steuererhöhung saniert werden, da eine solche die Abwanderung nur noch fördern würde. Noch mehr besser verdienende Steuerzahlerinnen und Steuerzahler würden in steuergünstigere Aussengemeinden abwandern und es kämen Personen, die in der Regel weniger Steuereinnahmen bringen. Die Stadt Bern ist mit ihrem Angebot nach wie vor attraktiv für weniger betuchte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Auf die korrigierenden Massnahmen des Gemeinderats ist die SVP-Fraktion gespannt und sie wird auch weiterhin am Runden Tisch mitarbeiten.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg* entgegnet Ueli Stüchelberger, dass in der Innenstadt sehr wohl in Sachen Gestaltung etwas getan wird. So wurden die Marktgasse und die Junkerngasse saniert sowie der Kornhausplatz und die Kornhausbrücke neu gestaltet. Um die weiteren Arbeiten im Zusammenhang mit dem Waisenhausplatz, dem Bärenplatz und dem Bundesplatz anzugehen, mussten die Abstimmungen über die Stadtplätze-Schanzentunnel sowie den Verkehrskompromiss abgewartet werden. Unverzüglich danach wurden jedoch die Planungs- und Projektierungsarbeiten gestartet; zurzeit arbeitet die Verwaltung an den Planungen für den Bärenplatz und Waisenhausplatz und die Parkplätze auf dem Bundesplatz sollen auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des erweiterten Casino-Parkings aufgehoben werden.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen.

Im Namen des Stadtrats

Die Präsidentin: *Lilo Lauterburg*

Die Protokollführerin: *Brigitte Bigler*